

Deutschland-Alzey: Dienstleistungen von Architekturbüros

OJ S 130/2023 10/07/2023

Bekanntmachung vergebener Aufträge

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Rheinhessen - Fachklinik

Postanschrift: Dautenheimer Landstrasse 66

Ort: Alzey

NUTS-Code: DEB3B Alzey-Worms

Postleitzahl: 55232

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): hs Gesellschaft für Projektsteuerung und Baumanagement mbH

E-Mail: info@hs-psbm.de

Telefon: +49 61314819600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.landeskrankenhaus.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

0180.30 Landschaftsarchitekt - Neubau einer Forensik mit 80 Betten in Alzey

Referenznummer der Bekanntmachung: 0180.30_Landschaftsarchitekt HOAI § 38, LP 1 - 9

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Landschaftsarchitekt gemäß § 38 ff HOAI LPH 1 - 8 (9 optional). Beauftragung für den Neubau einer Forensik mit 80 Betten in Alzey für die Rheinhessen-Fachklinik.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7.

Gesamtwert der Beschaffung

Niedrigstes Angebot: 250 502,18 EUR / höchstes Angebot: 250 502,18 EUR das berücksichtigt wurde

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB3B Alzey-Worms

Hauptort der Ausführung: Dautenheimer Landstrasse 66 55232 Alzey

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Beauftragt werden soll ein Landschaftsarchitekt, LPH 1 - 8 (9 optional), § 38 ff HOAI.

Projektbeschreibung

Die Rheinhessen-Fachklinik, Alzey plant den Neubau einer Forsensik mit 80 Betten auf dem bestehenden Klinikareals. Das neu zu planende und zu erstellende Gebäude soll vier geschlossene Stationen vorsehen, wobei eine Station für geriatrische Patienten eingeplant werden soll. Die Freianlagen sind entsprechend zu planen und auszuschreiben.

Aktueller Projektstand

Eine Machbarkeitsstudie wurde erstellt. Diese liegt den Teilnahmeunterlagen bei.

Durch das VgV-Verfahren wird ein geeignetes Planungsbüro gesucht, das die Leistungsphasen 1 bis 8 (9) §38 HOAI bearbeiten soll. Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Zunächst einmal die LP 1 - 3. Ein Anspruch auf Beauftragung weiterer Leistungen besteht nicht.

Kosten

Kostenrahmen Stand April 2022:

KG 300 ca. 16.008.000 Euro (netto)

KG 400 ca. 9.602.000 Euro (netto)

KG 500 ca. 1.578.000 EUR (netto)

Termine

Die Beauftragung der Planung ab Leistungsphase 1 erfolgt voraussichtlich im Juni / Juli 2023, der Baubeginn ist für Anfang / Mitte 2025 vorgesehen. Je nach Konzeption, Abstimmung mit den Fördergebern und vorbehaltlich der Entscheidungsgremien zur Durchführung des Projektes ist vorgesehen, die Maßnahme bis Ende 2027 abzuschließen.

Laufzeit des Vertrags

Beginn: ca. Juli 2023

Ende: voraussichtlich Ende 2027

Laufzeit ca. 54 Monate

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Team / Vertretungsregeln / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Projektabwicklung / Termine / Kosten / Qualitäten / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Kapazität / Leistungsfähigkeit / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Honorar / Gewichtung: 30

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2023/S 061-181128](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Auftrags-Nr.: 0180.30

Bezeichnung des Auftrags:

Landschaftsarchitekt LP 1 - 8 (9) § 38 HOAI

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

28/06/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 1

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Förder GmbH

Ort: Essen

NUTS-Code: DEA13 Essen, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 45128

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Niedrigstes Angebot: 250 502,18 EUR / höchstes Angebot: 250 502,18 EUR das berücksichtigt wurde

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Das vorliegende europaweite Vergabeverfahren ist ein zweistufiges Verfahren nach VgV. Die erste Stufe ist der Teilnahmewettbewerb, die zweite Stufe das eigentliche Verhandlungsverfahren, an dem nur noch max. 5 geeignete Bewerber teilnehmen. Es werden Bewerbungsformulare durch den Auftraggeber ausgegeben. Diese sind ausschließlich über das Deutsche Vergabeportal über die genannte Bekanntmachungs-ID erhältlich.

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags sind zwingend die vorbereiteten Unterlagen zu verwenden und zu verschlüsseln. Der Teilnahmeantrag muss im Bereich "Teilnahmeanträge" fristgerecht hochgeladen werden.

Die Angebotsabgabe muss ebenfalls elektronisch über die Vergabeplattform "verschlüsselt" im Bereich "Angebote" hochgeladen werden. Eine Abgabe des TNA und des Angebotes darf nicht per Email oder im Bereich der Kommunikation erfolgen. Dies führt zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Zur Aufwandsbegrenzung für die Bewerber und Handhabbarkeit für das Auswahlverfahren sind die Bewerbungsunterlagen verbindlich auf die Bewerbungsformulare begrenzt. Die zusätzlich zum Bewerbungsformular eingereichten Unterlagen sind auf max. 15 Seiten zuzüglich Nachweise zu begrenzen. Umfangreichere Bewerbungen bleiben i.S. der Gleichbehandlung unberücksichtigt. Gezählt wird der Gesamtumfang der Unterlagen (Deckblätter und Anschreiben ohne inhaltliche Aussage werden nicht gezählt).

Den höchstens 5 qualifizierten Bewerbern der Stufe 1 werden sodann die Vergabeunterlagen der Stufe 2 bereit gestellt.

Die übrigen Bewerber werden entsprechend der vergaberechtlichen Erfordernissen über ihre Nichtberücksichtigung informiert.

Nachfragen werden nur beantwortet, wenn Sie bis spätestens 7 Tage vor dem Schlusstermin zur Abgabe der Teilnahmeanträge elektronisch auf der Plattform www.dtv.de unter der unten genannten Bekanntmachungs-ID gestellt werden.

Ein Wechsel der Projektleitung bzw. der stellvertretenden Projektleitung, die im Teilnahmewettbewerb genannt werden, führt zum Ausschluss, wenn für den Wechsel kein triftiger Grund vorliegt!

Hinweis zum Verhandlungsverfahren 2. Stufe:

Bewertungsmethode:

die Teilnehmer des Bewertungsteams bewerten voneinander unabhängig die vorgegebenen Kriterien. Danach wird aus der Summe der Bewertungen ein Mittelwert gebildet.

Dezimalstellen werden kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Allgemeiner Hinweis:

Ausführliche Informationen sowie Anleitungen zum Vergabeportal finden Sie unter:

<https://support.cosinex.de> oder telefonisch von Montag bis Freitag 07:00 - 17:00: Tel. 0900 - 1 - 267463.

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y546QDW

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Bieter haben etwaige Verstöße gegen Vergabevorschriften unter Beachtung der Regelungen der Regelungen in § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist nach §160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

05/07/2023